



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Buchbinderverband.

Von allen im Graphischen Bund zusammenschlossenen Verbänden haben die Buchbinder im Berichtsjahre 1926 wohl am meisten unter der Wirtschaftskrise zu leiden gehabt. In keinem Monat dieses Jahres sank die Arbeitslosenziffer unter 10 Proz., den Höchststand erreichte sie im August mit 17,5 Proz., dazu kam aber noch eine gewaltige Zahl von Kurzarbeitern, deren Zahl bis August zwischen 42,2 und 30,5 Proz. schwankte. Wenn sich trotzdem der Mitgliederverlust in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen gehalten hat, 2,2 Proz. wurden am Jahresende errechnet, so beweist das, daß der Verband der Buchbinder in sich stark gefestigt ist und zum Leidwesen der Unternehmer im Buchbindergewerbe auch wirtschaftlich sehr schlechte Zeiten ohne erhebliche Schwächung überstehen kann.

Mit den Unternehmern hat unser Bruderverband während des ganzen Jahres in ständiger Fehde gelegen; im ganzen mußten 105 Bewegungen geführt werden. Um sich ein Bild davon zu machen, welche Arbeiten der Verband auf tariflichem Gebiet zu bewältigen hat, müssen wir wissen, daß die Buchbinder an nicht weniger als acht Tarifen beteiligt sind. Wir führen auf: den Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe (Api-Vertrag), den Reichstarif für Buchdruckereibuchbinder, den Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe (VDB-Tarif), den Reichstarif für die Kartonnagenindustrie, den Reichstarif für die Ctuis- und Feintartonnagenindustrie, den Reichstarif für die Wellpappenindustrie, den Reichstarif für die Zigarettenindustrie und die Bezirkstarife für die Tüten- und Beutelinindustrie. Bei allen Tarifverträgen wurde die Leitung des Verbandes zu Verhandlungen gezwungen, es kam trotz der widrigen Geschäftslage gerade bei den Hauptberufen zu guten Abschlüssen für die Mitglieder. Nur da, wo die Berufsangehörigen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses nicht recht erkannt haben, konnten die Unternehmer, die gut organisiert sind, den Bestrebungen des Verbandes besser entgegenwirken. Die Vorgänge in Schlesien, besonders in Brieg, beweisen das. Die Dummheit der Arbeiter, ihr Mangel an Mut und Selbstvertrauen sind die größten Feinde der Gewerkschaftsbewegung. An den vom Verband der Buchbinder abgeschlossenen Reichstarifen sind 77,3 Proz. der Berufsangehörigen interessiert, 81 Proz. der Betriebe werden von den Reichstarifen erfasst. Ingesamt konnte der Verband für 101 628 Berufsangehörige in 7615 Betrieben und 960 Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln.

Der Verband zählte am Jahreschluss 48 853 Mitglieder, die auf 181 Verwaltungen verteilt waren. Davon waren allein rund 44 Proz. der Mitglieder in vier Zahlstellen organisiert. Auch bei den Buchbindern haben die weiblichen Mitglieder zahlenmäßig das Übergewicht; es wurden 66,1 Proz. weibliche Mitglieder gezählt. 44,3 Proz. der Mitglieder gehören der Buchbinderbranche an, erst in großem Abstand folgen die Kartonarbeiter mit 23,9 Proz. und die Papierwarenarbeiter mit 12,4 Proz.

Bei einer kurzen Betrachtung der Kassenverhältnisse des Buchbinderverbandes fällt uns die große Ausgabe für Unterstützungszwecke auf, eine Folge der schlechten Wirtschaftslage. Bei einer Gesamteinnahme von rund 1 531 000 Mkt. wurden 1 468 000 durch Mitgliederbeiträge aufgebracht. Die Unterstützungszwecke belasteten die Verbandskasse mit rund 736 000 Mkt. oder 54,4 Proz. der Beitrageinnahme. An erster Stelle steht natürlich die Arbeitslosenunterstützung, die fast 553 000 Mkt. erforderte. Ihr folgt die Krankenunterstützung mit rund 188 000 Mkt., für Streiks und Lohnbewegungen mußten insgesamt mehr als 130 000 Mkt. verausgabt werden. Das Verbandsorgan er-

forderte eine Ausgabe von 83 600 Mkt. Bei den gesamten Ausgaben des Buchbinderverbandes mit 1 401 325,68 Mkt. konnte eine Steigerung von 48,5 Prozent gegen das Vorjahr festgestellt werden, der eine Steigerung der Einnahmen von nur 1,5 Proz. gegenübersteht. Die Durchschnittsleistung der Beiträge betrug 79,8 Pf. Welche ungeheure finanzielle Leistung der Buchbinderverband im Berichtsjahre erfüllen konnte, geht daraus hervor, daß auf jedes Mitglied 11,6 Wochen Erwerbslosigkeit fielen.

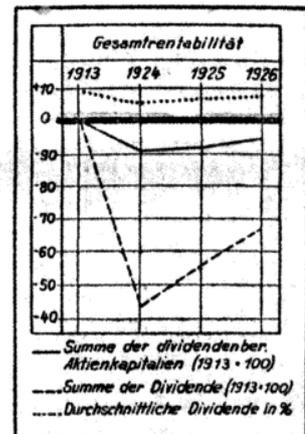
Eine ausgezeichnete Darstellung gibt der Vorstandsbericht über die Betriebsrätebewegung im Verbande. Manches aus den Berichten über die Tätigkeit der Betriebsräte ist recht erfreulich. In einer Zuschrift wird gesagt: „Die Tätigkeit der Betriebsräte ist eine durchaus rührige und in allen Fällen von Erfolg gekrönt, wo die Belegschaft hinter dem Betriebsrat steht.“ Anders kann es auch nicht sein, kein Betriebsrat wird gegen überwältigende Unternehmer etwas ausrichten können, wenn er von dem Personal nicht ausreichende Unterstützung findet, oder wenn die Kollegen schlecht oder überhaupt nicht organisiert sind. Das beweist folgender Vorgang: In einem größeren süddeutschen Betrieb verfügte die Geschäftsleitung eine 20prozentige Lohnkürzung trotz des allgemeinverbindlichen Tarif- und Lohnvertrages. Kein Mensch, auch niemand von der Betriebsvertretung, wendet dagegen etwas ein, als die Firma die Lohnherabsetzung durchführte. Man muß nämlich wissen, daß von der Belegschaft ganze vier Mann, von 250, organisiert sind, vom Betriebsrat überhaupt niemand. Verschiedene derartige Fälle werden geschildert, überall sind die Kollegen nicht organisiert. Wer wollte sich da noch wundern, wenn der Unternehmer die Schwäche der Arbeiter ausnützt. Man könnte sich fast darüber freuen, sind doch die Unternehmer so die besten Helfer für den Verband, denn einmal müssen doch dem Dämmstirn die Augen aufgehen. Die Tätigkeit der Kolleginnen im Betriebsrat läßt auch bei den Buchbindern noch zu wünschen übrig. Der Bericht meldet, daß die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder im umgekehrten Verhältnis zur Mitgliederzahl steht. Wo sich aber die Kolleginnen bereit fanden, an der Arbeit im Betriebsrat teilzunehmen, zeigte es sich, daß sie hinter den männlichen Mitgliedern nicht zurückstanden. In einem Betrieb war die Tätigkeit des Betriebsrats, der nur aus weiblichen Mitgliedern bestand, besonders anzuerkennen, sie konnten mit ihrer Pflichterfüllung manchen Kollegen als Vorbild dienen. In einem Dresdener Bericht heißt es: „Sehr anerkennenswert ist die oft nicht leichte Tätigkeit unserer Kolleginnen, die in taftvoller Weise sich seit Jahren behaupten und als Vorbilder gegenüber der Drückbergerei ihrer männlichen Kollegen Muster-gütiges leisteten.“

Der Verband der Buchbinder hat eine schwere Zeit gut überstanden, obwohl er unter der starken wirtschaftlichen Depression schwer zu leiden hatte. Irrende Einsätze hat er nicht erlitten, der kleine Mitgliederrückgang ist längst wieder aufgeholt. Der Buchbinderverband als der zweitstärkste im Graphischen Bund steht gefestigt da, er kann sich auf einen Stamm gut geschulter Gewerkschaftsmitglieder stützen. Eine Gewerkschaft, die in einem für sie so gefährlichen Krisenjahr ohne den geringsten Schaden zu nehmen sogar noch über Erfolge berichten kann, wird den Unternehmern bei günstiger Konjunktur auch manches abringen. Die Schuld daran, daß es nicht schneller und besser vorwärts geht, tragen wie bei uns diejenigen, die den Weg zum Verband bisher nicht gefunden haben. Doch wird auch für sie das Jahr 1926 eine Lehre gewesen sein; die ständige Erstarrung des Verbandes beweist das. Wir freuen uns darüber mit unserem Bruderverband, mit dem wir im Graphischen Bund gut zusammenarbeiten.

Dividende und Rentabilität im graphischen Gewerbe.

Auf der letzten Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde einmal wieder darüber geklagt, daß die deutschen Aktiengesellschaften entweder gar keine oder nur unbedeutende Ueberschüsse abwürfen. Man bekam sozusagen in Frankfurt eine Generallage der deutschen Industrien über die Unrentabilität der Betriebe zu hören. Schon seit längerer Zeit versuchen die Unternehmervertreter, der ganzen Industrie das Märchen von der mangelhaften Rentabilität aufzuschwätzen. Nicht zuletzt befinden sich unter den Märchenerzählern auch das graphische und das Verlagsgewerbe.

Nun ist die Unternehmungsform der Aktiengesellschaften im graphischen Gewerbe sehr gering. Dr. Blach berechnet sie in seinem Buch „Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe“ nach dem



Stande vom 31. Dezember 1919 auf 1,3 Prozent der Buchdruckbetriebe. Die meisten großen leistungsfähigen und gewinnbringenden Betriebe sind keine Aktiengesellschaften, brauchen also öffentlich nicht Rechnung zu legen; wir haben von ihnen keine zahlenmäßigen Nachweise über ihren Gewinn, der nach dem Einblick in die Betriebsverhältnisse sehr beträchtlich sein muß.

Das graphische Gewerbe kann, soweit Aktiengesellschaften in Betracht kommen, allerdings darauf verweisen, daß seine Durchschnittsdividende im letzten Geschäftsjahr nicht nur gegenüber dem Jahre 1918, sondern auch dem Vorjahre gesunken ist. Nach den Untersuchungen des Bankarchivs betrug die durchschnittliche Dividende im graphischen Gewerbe im Jahre 1918 = 11,2 Proz. Sie machte im Jahre 1924 = 9,5 Proz. aus, um im Jahre 1925 auf 7,7 und im Jahre 1926 auf 5 Proz. abzusinken. Sehen wir die Durchschnittsdividende im Jahre 1913 nach den Untersuchungen des Bankarchivs, wie wir das in unserm Schaubild tun, auf 100, so ergibt sich im Jahre 1924 für die Durchschnittsdividende ein Index von 84,8, für das Jahr 1925 ein solcher von 68,8 und im Jahre 1926 ein solcher von 44,6. Allerdings muß dabei die im graphischen Gewerbe vor sich gegangene Kapitalveränderung in Betracht werden. Die vom Bankarchiv untersuchten Aktiengesellschaften verfügten im Jahre 1918 über ein dividendenberechtigtes Kapital von 6,56 Millionen Mkt. Im Gegensatz zu anderen Industrien erlitt das Kapital im graphischen Gewerbe bei den untersuchten Gesellschaften durch die Inflation und durch die Umstellung auf Goldmark keine Einbuße. Die Gesellschaften verzeichneten für das Jahr 1924, dem Jahr der Goldumstellung, ein dividendenberechtigtes Aktientapital in Höhe von 8,57 Millionen Mkt. Bis zum

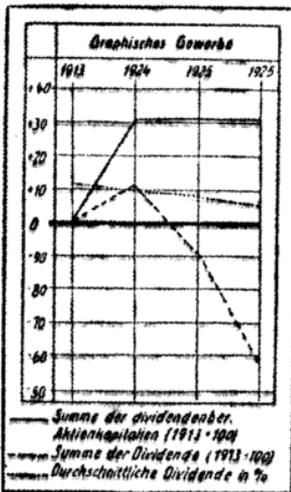
Jahre 1926 hat sich dieses Kapital von 8,57 Millionen Markt nicht verändert. Es war also für die Jahre 1924 bis 1926 eine Dividende auf ein viel höheres Aktienkapital zu zahlen als 1913. Sehen wir das Aktienkapital im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich für die Jahre 1924 bis 1926 eine Indezahl von 130,6. An und für sich müßte das erhöhte Aktienkapital die Durchschnittsdividende drücken. Aber bei dem graphischen Gewerbe läßt sich auch feststellen, daß sich die für die Dividendenausschüttung benötigten Summen im Jahre 1926 nicht nur gegenüber dem Jahre 1913, sondern auch den Jahren 1924 und 1925 verringert haben. Die Dividendenausschüttung erforderte im Jahre 1913 rund 730 000 Mkt. Im Jahre 1924 erhöhte sich die Dividendensumme auf 820 000 Mkt. Sie fiel dann in den Jahren 1925 und 1926 auf 660 000 bzw. 430 000 Mkt. ab. Wie unser Schaubild zeigt, verringert sich der Index, die Dividendensumme im Jahre 1913 = 100 gesetzt, im Jahre 1925 und 1926 auf 90,2 bzw. 58,9 Proz.

Danach sind die Dividendenverhältnisse in der graphischen Gewerbe bedeutend ungünstiger als in der Gesamtindustrie. Nach den Untersuchungen des Bankersches verließen 491 deutsche Aktiengesellschaften im Jahre 1913 eine Durchschnittsdividende von 9,5 Proz. Im Jahre 1924, dem Jahr nach der Währungsreform, sank die Durchschnittsdividende auf 5,8 Proz. Sie stieg dann aber 1925 auf 6,8 Proz. und im Jahre 1926 auf 7,3 Proz. Das entspricht gegenüber dem Jahre 1913 für das Jahr 1926 einem Index von 76,8. Von Bedeutung ist aber, daß die unterlegten Aktiengesellschaften im Jahre 1913, wie unser Schaubild in der Tabelle veranschaulicht, bei einem Kapital von 5 319,01 Millionen Markt 804,14 Millionen Markt Dividende ausschütteten. Im Jahre 1926 waren 368,95 Millionen Markt zur Bezahlung der Dividende für ein dividendenberechtigtes Kapital von 5 081,49 Millionen Markt notwendig. Während in der graphischen Industrie das dividendenberechtigte Kapital rein in dem Maße (siehe unser Schaubild) von 100 auf 130,6 anwuchs und sich die Dividendensumme von 100 auf 58,9 ermäßigte, verringerte sich in der gesamten Industrie das gesamte dividendenberechtigte Kapital im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1913 von 100 auf 95,5. Die Dividendensumme fiel aber nur von 100 auf 73,2.

Der graphischen Industrie ist es sicherlich in den letzten Jahren nicht schlechter gegangen als der gesamten Industrie. Wodurch erklären sich die Widersprüche in der Dividendenentwicklung? Es ist vorzügliches Tun, der Öffentlichkeit vorreden zu wollen, daß die Rente im graphischen Gewerbe niedriger liegt und geringer ist als in der gesamten Industrie. Der Schlüssel zum Geheimnis findet sich dann auch in der Tatsache, daß die Durchschnittsdividende heute in einem bestimmten Gewerbe nur ein unvollkommener Gradmesser für die Rentabilität der Betriebe ist. Denn die wirklich erzielten Ueberschüsse werden gar nicht für Ausschüttung der Dividende benutzt, sondern man verwendet sie zur Abschreibung, zur Bildung stiller und offener Reserven und zu Neuanlagen, deren Kosten früher durch Anleihen aufgebracht wurden, während sie heute auf dem Untermarkte verbucht werden und den Reingewinn und die Dividende drücken.

Diese Tatsache läßt sich einwandfrei belegen. Von 138 Aktiengesellschaften aus dem graphischen Gewerbe und aus dem Verlagswesen, die Abschüsse für das letzte Geschäftsjahr veröffentlicht haben, läßt sich ein Reingewinn von 6 280 000 Mkt. feststellen. Die Summe, die aber zur Bezahlung der Dividenden aufgewandt werden mußte, macht nur 4 078 000 Mkt. aus. Um die Entwicklung auf eine Formel zu bringen: Während der Reingewinn bei den in Frage kommenden 138 Aktiengesellschaften aus dem graphischen Gewerbe und aus dem Verlagswesen

15,5 Proz. des Aktienkapitals ausmacht, beträgt der Reingewinn nur 7,3 Proz. des Aktienkapitals. Die Dividende macht aber nur 5,4 Proz. des Aktienkapitals aus. Das bedeutet, daß der größere Teil der Ueberschüsse nicht zur Dividendenausschüttung benutzt worden ist. Diese einwandfreie Untersuchung dürfte wohl genügen, das Märchen von dem unrentablen graphischen Gewerbe für immer zu zerstreuen. Berücksichtigt man bei der



Bewertung der Rentabilität die Abschreibung, so zeigt sich, daß seit dem Jahre 1924 die Gewinne ständig im Steigen begriffen sind.

Vom Kartell der deutschen Druckpapierfabriken.

Das nennt man ein Geschäft.

Eine heftige Kritik hat die Kartelltheorie des Herrn Raffl auf der Frankfurter Unternachmittagung in der Öffentlichkeit erfahren.

Herr Raffl sprach von der Wandlung der Kartelle und bezeichnete sie als ein wichtiges Organ der Nationalisierung. Er leugnete, daß die kartellartigen Verbände früher wie jetzt in erster Linie dazu berufen seien, die Preise hochhalten und die Preise zu erhöhen. Diese Rede hat Herr Dr. Carbe zum Anlaß genommen, im „B. T.“ unter der Ueberschrift „Kartell Kartelle“ zu den Problemen in gründlicher Weise Stellung zu nehmen. Ueber die Wirksamkeit der Kartelle an sich äußert sich Dr. Carbe in folgender Weise: Sie haben nur, und darin besteht die schwere volkswirtschaftliche Schädigung, diese überlebten und überalterten Betriebe nicht zugrunde gehen lassen, sondern ihnen für die Stilllegung noch Stilllegungsprämien bzw. Entschädigungen gezahlt. So mußten natürlich die Preise, die die arbeitenden Fabriken forderten, überhöht werden, um die Stilllegungsprämien aufzubringen. Aber nicht genug damit. Es gibt Kartelle, die, um die Rentabilität der „veralteten und überlebten“ Fabriken aufrechtzuerhalten, ihre Verkaufspreise ebenso hoch angesetzt haben, daß selbst die schlechteste Fabrik noch künstlich am Leben erhalten wurde, während sich für die modernen, lebensfähigen Unternehmungen eine die Gesamtwirtschaft schädigende Differenzialrente ergibt. Das eben ist ja der Grund der im Dunkel waltenden Syndikatsmächte, daß sie nach Belieben, ohne auf genauere Reklamation achten zu müssen, die Preise festsetzen können, und daß ihnen die verfehrte Zollpolitik

zu Hilfe kommt, die es ihnen ermöglicht, daß sie die Preise im Inland hochhalten und im Ausland, wo sie sich dem Weltmarktpreise anpassen müssen, das tun, was sie im Inland „schleudern“ nennen.“

Der Behauptung des Herrn Raffl, daß die Kartelle heute nicht mehr die Erhöhung der Preise erstreben, damit auch der technisch rückständigste Betrieb mit den Preisen auszukommen vermag, hält Dr. Carbe folgendes entgegen: „Mit bewunderungswürdiger Erdenernte behauptet er (Raffl) gar, so etwas habe es vor dreißig Jahren und mehr gegeben. Berührt Herr Geheimrat, aus dem Munde eines Mannes, der an der Spitze des größten deutschen Industrieverbandes steht, mich solche Äußerung Kopfschütteln erregen. Haben Sie wirklich nie etwas von dem Verband Deutscher Druckpapierfabriken gehört, der etwa 80 Proz. aller Zeitungsdrukpapierfabriken umfaßt, und der mit dem Kartell, das den sämtlichen Namen Verband ringsfreier Druckpapierfabriken“ führt, die restlichen 20 Proz. deutscher Druckpapierproduktion nahezu umfaßt?“

Es hieße die Wucht dieses Materials abzumachen, wollte man auch nur ein Wort dazu sagen. Aber es kommt noch besser. Herr Carbe plaudert weiter: „Vor mir liegt, durch edelstättliche Verlesung erhärtet, ein Bericht über die Vorgänge, die auf die Festsetzung der Druckpapierpreise wesentlichen Einfluß haben“. In diesem Bericht wird behauptet, daß der Verband Deutscher Druckpapierfabriken im Jahre 1924/25 Bilanzen herausgegeben habe, die mit Verlässlichkeit abstellen. Ein an dem Syndikat gehöriger Fabrikant habe diesen Bilanzen widersprochen und in der Generalversammlung der Gesellschaft im März 1926 die beantragte Entlastung verweigert. Der verweigerte Gesellschaft habe dem Kartell nachgewiesen, daß in den Jahren der Bilanzbilanzen, das heißt in den Jahren 1924/25, ein Reingewinn von über acht Millionen erzielt worden sei. Auf die Behauptungen des Gesellschafters hin habe der Verband Deutscher Druckpapierfabriken im Jahre 1926 beschlossen, aus den „stillen Reserven“ eine Ausschüttung in Höhe des 31-fachen Betrages des Gesellschaftskapitals vorzunehmen. (330 Proz. Dividende!) Außerdem habe der Verband das Gesellschaftskapital, das zu Beginn des Jahres 1925 922 300 Goldmark betragen habe, bis zum 31. März 1927 auf 3 034 200 Goldmark erhöht und das erhöhte Kapital an die bisherigen Syndikatsmitglieder ohne Gegenleistung gegeben, d. h. also, jedem Anteilhaber das Kapital kostenlos verbrieft und diese Operation lediglich im Wege der Umbuchung vollzogen, d. h. in den Jahren der Unterbilanz eine Ausschüttung von 330 Proz. Dividende und faktische Vergrößerung der Stammkapitale. In der gleichen Zeit hat der Verband sich noch ein weiteres Geschäftsjahr errichtet, das der Herr Wirtschaftsminister Dr. Curtius bewundern kann, wenn er die Fenster seines Arbeitszimmers öffnet und quer über die Viktoriastraße blickt.“

Kommentar überflüssig! Man kann gespannt sein, was die Herren des Reichsverbandes zu den schmerzlichen Anträgen zu sagen haben.

Eine Reichsstatistik über den wirklichen Arbeitsverdienst.

Die Tariflohnstatistik reicht längst nicht mehr aus, um die Lohngestaltung der Arbeiterschaft und damit die Kaufkraft für Konsumgüter im gleichen Maße in der Bewegung, im Anteil an den Produktionskosten, zu den Preisen (Kaufkraftberechnung) so zuverlässig zu beobachten, wie das zum Beispiel mit der konjunkturellen Bewegung in der Produktion, im Geld- und Kapitalwesen usw. heute schon durch statistisch-technisch gut entwickelte Methoden geschieht. Dabei ist vielleicht nirgends die Möglichkeit zu einer einwandfreien regelmäßigen Beobachtung und einer

Drei Tode.

Von Leo R. Tolstoi.

II.

Der Wagen war angespannt, doch der Reiter ärgerte sich. Er war in die Büschelzone gegangen. Drinnen war es heiß, dumm, dunkel und drückend, es roch nach bewohnten Kammern, fragegebenden Brot, Kraut und Schafziegen. Er waren mehrere Reiter darin verkrümelt, am Ofen wuschelnd, die Füße, und auf dem Ofen lag, in Schafziegen gehüllt, ein Kranz.

„Onkel Chwedori! Sie, Onkel Chwedori!“ rief der junge Burtsche, ein Reiter, der im Weg, die Reiter am Stiefel, einzeln, zum Kranten gewandt.

„Was willst du von Koda, du Dumme!“ sagte einer der Reiter.

„Mit dem Wagen wartet man auf dich.“

„Ich will ihn um seine Stiefel bitten, meine sind ganz abgerieben“, antwortete der Burtsche, das Haar zurücknehmend, und schob seine Hand zurück. „Schick sie etwa?“

„Onkel Chwedori!“ wiederholte er, er den Ofen treibend.

„Was gibst du?“ erwiderte eine schwache Stimme, und ein magerer Reiter trat am Rande des Ofens. Eine breite, mager und blaue, mit Haaren bedeckte Hand zog die Nase über die Lippe, von einem schmutzigen Hemd bedeckte Schul-

ter. „Gib mir was zu trinken, Freund. Was willst du denn?“

Der Burtsche reichte ihm einen Krug mit Wasser, „Hör mal, Koda“, begann er verlegen, „du wirst deine neuen Stiefel jetzt ja nicht brauchen, gib sie mir, du gehst jetzt doch nicht mehr aus.“

Der Kranke hatte den müden Kopf auf den blauen Krug gesetzt, so daß der spärliche, herabhängende Schnurrbart in das dunkle Wasser tauchte, und trank mit schwachen, geringen Zügen. Sein wirrer Bart war schmutzig, er schloß die trübten, eingefallenen Augen nur mit Mühe zu dem Burtschen auf. „Wie er genug getrunken hatte, wackte er die Hand heben, um sich die laudigen Rippen abzuwischen, doch er vermochte es nicht, und wuschte sie am Urmel seines Kopfes. Er grünte schwer und schweißend durch die Nase und blökte, alle Kräfte sammelnd, dem Burtschen gerade in die Augen.

„Hast du sie vielleicht schon jemandem verprochen?“ fragte der Burtsche. „Das wäre schade. Die Sache ist nämlich die, daß es draußen feucht ist, und ich muß fahren; da habe ich mir gedacht, ich will den Koda um seine Stiefel bitten, er braucht sie ja doch nicht. Aber vielleicht brauchst du sie noch, dann sag mir.“

In der Brust des Kranken begann es zu rauschen und zu räkeln; er heugte sich vor und würgte an einem tiefen, ungelassenen Husten.

„Wann soll er sie denn brauchen?“ begann ganz unermüdet die Köchin wütend durch die ganze Stube zu schellen. „Jetzt sind es bald zwei Monate, daß er nicht mehr vom Ofen herunterkommt. Hört nur, wie er hustet, da tut einem vom bloßen Hören schon die eigene Lunge weh. Was soll

er mit den Stiefeln? Begraben wird man ihn doch nicht in neuen Stiefeln. Und dazu wäre es längst Zeit. Gott verzeih mir die Sünde! Hört nur, wie er würgt! Man sollte ihn wenigstens in eine andere Stube bringen, oder sonst wohin! In der Stadt soll es Krankenhäuser dafür geben; denn ist das etwa in der Ordnung, daß er hier die ganze Ecke einnimmt? Da hat ja niemand anders Platz. Und dann verlangt man noch Sauerbrunnen von mir!“

„Ja, Serjoga, geh jetzt, die Herrschaften warten!“ schrie der Oberkutscher durch die Tür.

Der Kutscher wollte gehen, ohne eine Antwort abzuwarten, doch der Kranke gab ihm während des Fußens ein Zeichen mit den Augen, daß er etwas sagen sollte.

„Alum die Stiefel, Serjoga,“ sagte er, als er den Husten erkräft und sich etwas erholt hatte. „Wohin kauf mir einen Brausestein, wenn ich tot bin, hörst du?“ leiste er zögernd hinzu.

„Danke, Onkel, ich nehme sie, und den Stein kaufe ich bei Gott!“

„Hörst du es gehört, Kinder,“ konnte der Kranke gerade noch herausbringen, dann beugte er sich nieder und begann wieder am Husten zu würgen.

„Es ist gut, wir haben es gehört,“ sagte einer der Reiter. „Woh jetzt aber auf deinen Kopf, Serjoga, komm schnell wieder der Oberkutscher gelassen. Die anäbliche Frau aus Schirfina ist krank, sag man.“

Serjoga warf sich seine zerfetzten, unverhältnismäßig großen Stiefel ab und schlenderte sie unter die Decke. Onkel Chwedori's neue Stiefel paßten ihm genau, und auf sie blickend, begab er sich zum Wagen.

*) Mit freundlicher Genehmigung des J. Scharfmann-Verlages, Berlin W. 18, aus dem Heftchenband „Der Schmeckert“. Der Verlag hat das historische Werk Tolstois in einer preisgünstigen, vergrößerter Ausgabe herausgegeben, welche vorzuziehen ist, die von Ulrich Böhm herausgegeben worden ist.

konkreten Registrierung vor leicht gegeben, wie bei den Böhen, die bei den Arbeitern als Einkommen, in der Betriebskalkulation als Unkostenkonten auftreten. Die moderne Betriebswirtschaft mit genauer Gewinn- und Verlustrechnung verlangt ja gerade genaue Beobachtung aller Produktionsfaktoren. So sind die verausgabten Löhne den Produzenten natürlich bekannt. Allerdings nur summennäßig stellen die Schlussummen der Lohnkonten das Einkommen der im Arbeitslohn lebenden Bevölkerung dar, ohne den einzelnen Arbeiter sozial oder wirtschaftlich zu berücksichtigen. Seltener ist dieses Material der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden: in Amerika ist der Arbeitgeber darin offener. Das europäische, Konkurrenz und staatliche Eingriffe befürchtende Unternehmertum lehnt jeden Einblick ab. Aber auch das Armatmaterial ist in Händen des Unternehmers, das einer Untersuchung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und der Auswirkung der sozialen und steuerlichen Gesetzgebung dienen könnte; nur liegt es unverarbeitet in den Lohnlisten und Abfordrungen. Kein betriebswirtschaftlicher Anlaß liegt für den Unternehmer vor, das Material zu bearbeiten. Hier kann man nur durch staatliche Gesetzgebung eingreifen, um ihn zur Herausgabe zu bewegen. Das soll jetzt geschehen!

Seit Juli 1922 ist die reichsstatistische Erfassung der wirklichen Lohn- und Gehaltsverhältnisse in den Industrien durch Gesetz vorgelesen. Eine Verordnung vom 14. Juli 1927 regelt nunmehr die als statistische Erhebung gedachte Lohnstatistik. Die Durchführung und Aufarbeitung ist dem Statistischen Reichsamt übertragen. Die Arbeiterschaft ist aktiv durch ihre Organisationen bei der Auswahl der zu erfassenden Betriebe und Arbeiter- und Angestellten, durch die Betriebsräte bei der Aufstellung der Lohnlisten und bei der Bescheinigung ihrer Richtigkeit beteiligt. Außerdem ist durch Geldstrafen zwangsweise die Durchführung gesichert und der Arbeitgeber zur genauen Berichterstattung gezwungen. Wichtig ist, daß zur Durchführung dieses Gesetzes der Betriebsrat veranlaßt ist, von den durch das Betriebsrätegesetz ihm zugehenden Recht Gebrauch zu machen, in die Lohnbücher des Betriebes Einblick zu nehmen. Die Angestellten sollen durch eigene Unterzeichnung die Richtigkeit besonders ausfüllender Erhebungszettel bescheinigen, da den Betriebsräten kein gesetzliches Recht für die Einsicht in die Angestelltengehälter zusteht.

Die Erhebungspapiere werden folgendes erfragen:

1. Namen, Alter, Familienstand, Wohnform;
2. die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unter besonderem Nachweis der mit einem Zuschlag bezahlten Überstunden;
3. den tatsächlich verdienten Bruttolohn oder das tatsächlich verdiente Bruttogehalt unter besonderem Nachweis der Zuschläge für Überstunden oder sonstiger Zulagen;
4. den Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt;
5. die Beiträge des Arbeiters oder Angestellten und des Arbeitgebers zur Sozialversicherung (ausschließlich Unfallversicherung) und zur Gewerkschaftsversicherung;
6. die Sozialzuschläge (Frauen, Kinder- und Hausstandsgeld).

Eine wirklich ausführliche Lohnstatistik ist damit unmöglich. Viele Sondererhebungen und Einzeluntersuchungen können von jetzt ab erspart werden. Mühsames Sammeln einzelner Lohnabrechnungen wird durch geschlossenes Erfassen ganzer Betriebs- und Berufsgruppen abgeklüfft.

Durch seine Notstände ist der Arbeiter von vornherein im Besitz einer Abschrift der Betriebslohnliste. Mit Hilfe der organisierten Arbeiter haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren versucht, die

wahre Lohngestaltung der Arbeiterschaft und das wirkliche Einkommen nach Abzug aller sozialen und steuerlichen Abzüge zu erfahren. Ueber 100 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeladener Betriebe in 54 Städten haben nach Aufforderung des Vorstandes des DGB, ihre Lohnabrechnungen im November 1925 eingereicht. Das reichhaltige, aufschlußreiche Erhebungsergebnis ist veröffentlicht worden im Jahrbuch 1925 des DGB. Vor kurzem erschien weiterhin in der „Arbeit“ als Ergebnis der Lohnüberbearbeitung eine umfangreiche Veröffentlichung über die soziale und steuerliche Belastung der Arbeiterschaft. So wird die künftige amtliche Statistik in den DGB-Erhebungen wertvolles Ergänzungs- und Vergleichsmaterial vorfinden, aus einer Zeit, aus der ähnliche amtliche Erhebungen nicht vorliegen.

Konjunktur und Saison verändern die Lohnverhältnisse dauernd. Diese Veränderung deckt sich nicht mit der Bewegung der Tariflohnätze, sondern geht darüber hinaus. Hierin wird auch die jetzt beginnende amtliche Lohnstatistik ihre schwächste Stelle haben. Jede Industrie wird jährlich nur einmal erfaßt werden, die einzelnen Industrien im Laufe eines Jahres nacheinander. In Verbindung mit allen anderen Konjunkturerhebungen und der Tariflohnstatistik werden aber Kombinationen über den Verlauf der Lohnentwicklung einzelner Berufe zwischen zwei Erhebungsterminen möglich sein und so einem gewissen Mangel abhelfen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Möglichkeit zur wertvollen Beobachtung der Auswirkungen unserer sozialpolitischen und steuerlichen Gesetzgebung.

Wir sehen auf diesen neuesten Zweig der Reichsstatistik große Hoffnung.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt nicht nur auf die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse schädigend ein, sie übt auch unter den Jugendlichen bedeutenden Schaden auf die Entwicklungsverhältnisse aus. Nach dieser Richtung hat Stadtmedizinalrat Dr. Schröder in Oberhausen lehrreiche Untersuchungen angestellt.

Die arbeitslosen Jugendlichen gehen danach schon mit einem gewissen gesundheitlichen Manko überhaupt in die Zeit der Arbeitslosigkeit hinein. Die genauen Beobachtungen von Dr. Schröder haben nämlich ergeben, daß das Handwerk und das Kaufmannsgewerbe den Begriff der sozialen Auslese im allgemeinen ausgezeichnet verstehen. Da kommen nur die Bewerber zur Einstellung, die neben einem guten Schulzeugnis auch einen einwandfreien körperlichen Befund nachweisen können, soweit nicht Familienbeziehungen Ausnahmen herbeiführen.

Auf diese Weise kommen in die schwereren Berufe gerade die Schwächeren, da Handwerk und Kaufmannsgewerbe bei dem großen Andrang den größten Teil der starken und gesunden Jugendlichen aufnehmen. Schon das ist ein Widerspruch, der nach größer wird durch die Not der Arbeitslosigkeit, unter der dann gerade diese Jugend zu leiden hat.

Die Jugendlichen in Lehrstellen haben ihre Arbeit durch mehrere wichtige Entwicklungsjahre hindurch. Daß große Teile der Jugend, und zwar oft gerade der körperlich mangelhaft entwickelten Jugend in diesen Jahren keine Arbeit haben, ist für das Wachstum dieser Jugend von großem Schaden. Die mehrjährigen Untersuchungen, die Dr. Schröder in Oberhausen durchgeführt hat, zeigten, daß die oft vertretene Ansicht, die Arbeitslosigkeit bedeute für die Jugend eine Schwänzung und läme ihrer körperlichen Entwicklung zuzugute, irrig ist. Das Gegenteil ist der Fall. Bei Arbeitslosigkeit fehlt dem Jugendlichen

der wachstumfördernde Reiz, den Arbeit gerade in den Jahren hat.

Dr. Schröder macht hierüber in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene auch einige zahlenmäßige Angaben. Danach waren Gewicht und Körpergröße bei männlichen Lehrlingen, weiblichen Lehrlingen und männlichen Hilfsarbeitern wie folgt:

	Männliche Lehrlinge	Weibliche Lehrlinge	Männl. Hilfsarbeiter
1925	54,5 kg	162 cm	52,5 kg 157 cm 48,5 kg 159 cm
1926	55,2 kg	164 cm	52,7 kg 158 cm 50,2 kg 161 cm

Die widersinnigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse haben es also zugebracht, daß die männlichen Hilfsarbeiter ein geringeres Körpergewicht als die weiblichen Lehrlinge hatten.

Über diese unterernährten und in ihrer Wachstumsentwicklung gehemmten Jugendlichen sind es nun, wenn nachher in so vielen Fällen ausgerechnet als Schwerstarbeiter beschäftigt werden. So hat Dr. Schröder zum Beispiel in sechsjährigen schularischen Untersuchungen von 14jährigen Knaben in diesem ausgeprochenen Bergbaubezirk noch kein Duzend Arbeiter auf den Beruf des Bergmanns getroffen. Ebenso ist es mit den Arbeitern für die Eisenindustrie. Diese Arbeiter werden später von denen gestellt, die heute als Jugendliche zu den Schwächsten zählen und noch obendrein in ihrer Wachstumsentwicklung gehemmt werden. Daß die Arbeitskraft dann bei so vielen so früh verbraucht ist, kann nicht verwundern.

Diese wertvollen Untersuchungen zeigen uns, wie traurig es in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der Menschenökonomie bestellt ist. Gewiß mag die Verwendung der jugendlichen Arbeitslosen auf dem Lande ihrer Gesundheit zuträglich sein, doch bessert das nicht das Grundübel, das da in diesen Untersuchungen zutage tritt: die mangelhafte Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft auf die Gesundheit des einzelnen und die Leistungskraft des Volkes, die Unterordnung des Menschen unter das Materielle.

Bundesausschuffung in Magdeburg.

Einer Einladung von Oberbürgermeister Reims folgend, hatte der Bundesvorstand den Bundesauschuff in seiner 9. Sitzung am 13. September nach Magdeburg einberufen.

Vor Eröffnung der eigentlichen Tagung begrüßte Oberbürgermeister Reims im Namen der Stadtverwaltung den Bundesauschuff mit herzlichsten Worten. Im Namen des Ortsauschuffes hielt Stadtrat Flügel die Verbandsvorredner willkommen. Belpart dankte dem Oberbürgermeister und dem Sekretär des Ortsauschuffes für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der die Arbeiterbewegung seit langem und zumal im letzten Jahrzehnt eine so bedeutende Rolle spielt und ihren Bürgern ein reiches Feld der Betätigung erschlossen hat.

Dann erlittete Belpart den Bericht des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitervereine einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt am Main. Die Konferenz wird sich mit dem Verfahren in der Unfall- und Invalidenversicherung, bei den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwohnen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Drucksache als Wablanleitung herausgegeben. Belpart verwies noch auf die Konferenz der Bezirksvereine, die kürzlich stattgefunden hat. Ueber sie ist in der Gewerkschaftszeitung bereits berichtet worden. Ein neuer Bezirk, Hannover-Braunschweig, ist gebildet worden, dessen Leitung Kollege Brennede vom Betriebsagrarverband in Braunschweig übernommen hat. An Stelle des Kollegen Dr. h. c. Weyer, der Vorsitzende von Duisburg geworden ist, ist Kollege Böhler, bisher 1. Gewerkschaftler des Metallarbeiterverbandes in Köln, zum Bundesvorsitzenden an die Spitze des Bezirks Rheinland-Westfalen berufen worden.

Ueber die Verwendung des vom Reichstag bewilligten und auf den DGB, entfallenden Anteil aus dem zehn Millionen-Fonds für Arbeitsnehmer stimmt der Bundesauschuff den Vorschlägen des Bundesvorstandes zu. Danach soll, entsprechend den mit dem Ministerium für die Beschäftigten

„Et, die feinen Stiefel! Komm, ich setze sie dir ein.“ sagte der andere Kutscher, mit der Festlichkeit in der Hand, während Serjoga auf den Boden kniete und die Füße zusammenwuschte. „Hat er sie dir umsonst gegeben?“

„Mit wem?“ antwortete Serjoga, aufstehend und die Schöße seines Mantels unter die Beine schobend. „Das macht mir nichts aus! Nun los, meine Lieben!“ schrie er den Pferden zu, schwenkte die Peitsche und die Kutsche und der Wagen mischte ihren Injassen, Koffern und Bündeln tollte die nasse Straße entlang, im grauen Herbstnebel verschwimmend.

Der kranke Kutscher blieb in der dumpfen Stube auf dem Ofen, und ohne sich ausgedehnt zu haben, drehte er sich mit verzweifelter Kraftanstrengung auf die andere Seite und wurde still.

In der Stube kamen und gingen, aßen und tranken die Menschen bis zum Abend — von dem Kranken war nichts zu hören. Vor Einbruch der Nacht trank die Köchin auf den Ofen, um über seine Wärme weg den Platz zu holen.

„Sel mir nicht böse, Nastasia,“ sagte der Kranke, „beine Ede wird bald frei werden.“

„Schon gut, schon gut, es macht ja nichts,“ murmelte Nastasia. „Was tut die denn weh, Onkel? Sag's doch!“

„Das ganze Innere ist ausgeblüht. Weiß Gott, was das ist!“

„Da tut dir die Kehle wohl beim Husten auch weh?“

„Alles tut weh. Der Tod kommt — das ist's. Ach — ach — ach!“ schloß der Kranke.

„Daß keine Fäße zu, — ja,“ sagte Nastasia, froh vom Ofen herunter und zog ihm dabei den Rock auf die Beine. Das Nachtstumpfen gab die Nacht hindurch einen schwachen Schein in der Stube. Nastasia und etwa zehn

Kutscher schliefen laut schnarchend auf dem Boden und den Bänken. Nur der Kranke schloß schwach, hustete und wälzte sich unruhig auf dem Ofen. Gegen Morgen verstummte er ganz.

„Seltsam, was ich heute geträumt habe,“ sagte die Köchin am anderen Morgen in der Dämmerung und dehnte sich. „Ich träumte, daß Onkel Chweodor vom Ofen kniete und hinausging, um Holz zu holen.“ „Komm, Nastasia,“ sagte er, „ich helfe dir.“ „Ich sage ihm: „Wievill denn du Holz hast?“ Er oder packt das Heil und fängt an zu hacken, so fröhlich, daß die Splitter nur so fliegen.“ „Wie kommt denn das,“ sagte sie, „du warst doch krank?“

„Nein,“ sagt er, „ich bin gesund,“ und holt so aus, daß ich einen Schreck kriegt. Da schreie auf und erwache. Er wird doch nicht gestorben sein? Onkel Chweodor! He — Onkel!“

Chweodor antwortete nicht.

„Er ist doch nicht etwa tot? Ged, sich nach!“ sagte einer der Fuhrleute, der ermannt war.

Die magere, rötlich behaarte Hand, die vom Ofen herabhängte, war kalt und bleich.

„Ged, melde es dem Postkutter, er scheint wirklich gestorben zu sein,“ sagte der Kutscher.

Verwandte haute Chweodor nicht, — er war ein Fremder. Am folgenden Tage beerdigte man ihn auf dem neuen Friedhof hinter dem Walde, und Nastasia erzählte mehrere Tage allen den Trauem, den sie gehabt hatte, und daß sie die erste gewesen sei, die darauf gekommen sei, nach Onkel Chweodor zu sehen.

III.

Der Frühling kam. Auf den feuchten Straßen der Stadt rannen zwischen den gestörten Klumpen von Schmutz eilige Bäche von Tauwasser. Die Kleider und die lauten

Stimmen des umherziehenden Volkes hatten etwas Gräßliches. In den Gärten hinter den Häusern schmolzen die Knospen der Bäume und ihre Kräfte schaukelten kaum merklich in dem frischen Winde. Ueberall rannen und fielen durchsichtige Tropfen. Die Spalten schliefen unbarmonisch und flatterten mit ihrem kleinen Flügeln. Auf der Spinnenleiste an den Häusern, Säulen und Bäumen glänzte und regte sich alles, Froh und jung war es überall, am Himmel, auf der Erde und in den Herzen der Menschen.

Auf einer der Hauptstraßen, vor einem großen, herrschaftlichen Hause, war frisches Stroh gelegt; in dem Hause lag derselbe sterbende Kranke, die ins Ausland hatte eilen wollen.

Vor der geschlossenen Zimmertür standen der Gatte der Kranken und eine ältere Dame.

Auf dem Sofa lag der Geistliche, die Augen gesenkt, und hielt etwas in den Händen, was vom Beichtstuhl herbedeckt war. In einer Ecke lag im Beichtstuhl eine alte Frau — die Mutter der Kranken — und weinte bitterlich. Neben ihr stand das Dienstmädchen und hielt ein festliches Tafelutensilium bereit, für den Fall, daß die Gräfin es verlangen würde; ein zweites Mädchen rief ihr die Schlüssel mit etwas ein und blickte unter das Häubchen auf ihrem grauen Kopf.

„Nun, Gott segne Sie, liebe Freundin,“ sagte der Mann zu der älteren Dame. „Sie hat soviel Vertrauen zu Ihnen, Sie verstehen so gut mit ihr zu reden, sprechen Sie ihr gut zu, Leure, gehen Sie.“ Er wollte schon die Tür öffnen, doch die Rufine hielt ihn zurück, legte ein paar-mal das Tuch vor die Augen und schüttelte den Kopf.

„Ich glaube, nun sehe ich nicht mehr vermisst aus,“ sagte sie, öffnete leicht die Tür und ging hindurch.

(Schluß folgt.)

Gebiete vereinbarten und von allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften anerkannten Richtlinien eines Bundeschritts des DGB, im besetzten oder besetzt gemessenen Gebiet erreicht werden. Ein größerer Betrag wird als Fonds sichergestellt, damit den von den Einzelverbänden entsandten Schülern ein Zutritt zu den Internatalschulen gewährt werden kann. Ueber die Verwendung der Mittel übt das Ministerium für die besetzten Gebiete im Rahmen der Richtlinien die Kontrolle aus. Nach diesen Richtlinien ist jede Zuwendung oder Unterstützung an Personen, Gruppen oder einzelne Organisationen unzulässig.

Der Bau und die Organisation der beiden geplanten Bundesbüros erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebs soll in der Hand des Bundesvorsitzenden, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs, liegen.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Genosse Kaphali gab dann einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Die Forschungsstelle ist betanlich eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften. Ihre Aufgabe ist, für die Einheitlichkeit der wirtschaftspolitischen Stellungnahme der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu sorgen.

Anschließend gab Schlime eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen führen. Er erinnert daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beigetragen werden kann, wenn die Bestimmungen der Bundesbeschlüsse über die Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Betrieben und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Velder seien die Geboten dieser Bestimmungen noch nicht in die Verbandbeschlüsse aufgenommen worden, obwohl § 55 der Bundesbeschlüsse diese Übernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundesbeschlüsse streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen.

Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Aus den Zahlstellen.

Dresden. Trotz des besonders für die weiblichen Mitglieder interessanten Themas, war die am 31. August stattgefundene Versammlung sehr lebhaft besucht, was Kollege Täubrich in scharfen Worten geistete. Leider sind eben die Mitglieder, denen dies gilt, nicht anwesend. Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Siegmund sprach über Träume und ihre Deutung. Das alte ägyptische Traumbuch sowie die heutigen seien ebenso unklar wie das sogenannte Kartenlegen und bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Sachen, die jedem passieren können. Gelehrte und Philosophen haben seit langem versucht, den Träumen ihre Deutung zu geben. In neuerer Zeit habe der Psychologe Siegmund Freud eine Deutung gefunden. Er meint, der Traum sei eine Offenbarung des Unterbewußtseins und schließe eine Wunsch-erfüllung in sich. Auch bei schrecklichen Träumen sei dies der Fall. Niemals spiele das sexuelle Leben eine große Rolle, da dieses ein Gebiet sei, über das man sich nie so offen ausspricht wie bei anderen Dingen. An der Hand von Beispielen aus ihrer ärztlichen Praxis sowie in der darauffolgenden Aussprache gab die Rednerin die verschiedensten Deutungen, welche die Anwesenden mit regem Beifall entgegennahmen.

Hierauf gab Kollege Täubrich den vorläufigen Plan der Bildungscommission über die nächsten Veranstaltungen bekannt, von denen besonders die am 8. Oktober im Litanon stattfindende gewerkschaftliche Feiertunde hervorzuheben ist.

Karlruhe. Die Zahlstelle Karlsruhe hielt am 12. September d. J. ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Rieger, gab von dem Ausscheiden des 1. Schriftführers Brünemann Kenntnis und teilte zugleich mit, daß vorläufig der 2. Vorsitzende, Kollege Stridde, die Geschäfte des Schriftführers versehen wird. Dann nahm Gewerkschaftssekretär Philippus das Wort zu seinem Vortrag „Aufgaben und Ziele der Organisationen“. Er streifte in seinen Ausführungen auch die schweren Kämpfe, die die Gewerkschaften während und nach der Inflation zu bestehen hatten, sprach von den Angriffen der Unternehmer, die aber am gelunden Kampferstand der Massen und an der starken Mauer der organisierten Arbeiterkraft zerbrachen. Mögen die Worte des Kollegen Philippus auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Starker Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Kollege Rieger dankte dem Kollegen Philippus für seine Worte. Er erinnerte dann an die am 1. Oktober in Kraft tretende Lohnerhöhung im Buchdruck und entwickelte ein Bild über die derzeitige Lage im Stein- und über die bevorstehende Lohnbewegung. Er erwähnte nochmals die Kollegen vom Stein- und Buchdruck an der Organisation, sie sollen die noch anstehenden zum Anschluß bewegen. In der anschließenden Diskussion gab Kollege Philippus Auskunft über die Auswirkung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Er richtete seine Worte hauptsächlich an die Unorganisierten, die sich durch ihre Leichtsinnigkeit selbst großen Schaden zufügen. Als Beispiel zitierte er eine Gerichtsentscheidung, bei welcher ein Unorganisierte mit seinen Anprüchen aus einem Tarifvertrag glatt abgewiesen wurde, da er nicht Mitglied der vertragsschließenden Organisation war. In der Diskussion sprachen noch die Kollegen Hermann, Bräuer und Becht, dann schloß Kollege Rieger die schön verlaufene und gut besuchte Versammlung.

Mainz. Am 12. September fand eine Mitgliederversammlung statt, die besser hätte besucht sein können. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende, Kollege Müller, bekannt, daß die Spartisten und Sparmarten ausgegeben werden. Er empfiehlt der Kollegenschaft, die Einrichtung der Reisepartisse eifrig zu benutzen, damit die Beteiligung an dem geplanten Schiffsausflug im Sommer 1928 alle unsere Mitglieder nebst ihren Angehörigen umfaßt. Da auf dem diesjährigen Goutage die Darmstädter Delegierten

Anregungen zu einer Rheinreise gegeben haben, so seien an die Darmstädter wie auch an die Frankfurter Kollegenschaft diesbezügliche Einladungen ergangen. Ebenso soll an die Wiesbadener Mitgliederschaft Einladung ergehen. Sollte eine Anzahl der auswärtigen Kolleginnen und Kollegen sich entschließen, eine Fahrt auf unserem herrlichen Rheinstrom mitzumachen, so sollen sie uns herzlich willkommen sein. Zum zweiten Punkt referierte der Kollege Friedrich Döller, Buchdrucker, über: Die Gewerkschaften einst und jetzt unter Berücksichtigung des graphischen Gewerbes. Der Redner gab, weit zurückgreifend, ein Bild von dem Aufbau und der Entwicklung der Gewerkschaften bis zu ihrer heutigen Bedeutung. Der Redner zeigte der Versammlung chronologisch die Erfolge der Organisationen im graphischen Gewerbe und forderte zum Schluß zu eifriger Mitarbeit auf, da nur auf diesem Wege Erfolge zu erringen und auch zu erhalten seien. In der Diskussion wurde u. a. das unsozialistische Verhalten der Buchbinder- und Zeitungsarbeiterinnen in der Mainzer Verlagsanstalt kritisiert. Diese Kolleginnen haben wiederholt ein Verhalten an den Tag gelegt, das jeden ehrlichen Arbeiter mit Abscheu erfüllt. Es ist in den letzten Jahren kaum möglich gewesen, in diesem Betrieb einen leistungsfähigen Betriebsrat aufzubringen. Was für Charaktergestalten die sogenannten egoistischen Außenleiter sind, beweisen die Pader der Verlagsfirma B. Schott's S. in Mainz. Diese Leute waren früher die am niedrigsten bezahlten Arbeitskräfte. Sie schlossen sich 1919 dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter an und kamen so zu ausreichenden Löhnen. Aber der allgemeine Egoismus gewann wieder die Oberhand. Für was denn Verbandsbeiträge zahlen? Das sollen andere tun. Dafür dürfen diese dann den Hebeln weiter die Kautanen aus dem Feuer holen. Sie traten 1925 mit dem damaligen Vorstandsmitglied, Franz Edel, aus der Organisation aus. Edel leitete im August d. J. sein Hjäbriges Arbeitsjubiläum, und bei dieser Gelegenheit versuchten diese vier bis fünf Nachfolger auf einer Liste bei den organisierten Gehilfen und Hilfspersonal Gelder zu einem Jubiläumsgeschenk zu sammeln. Dem Geldhammer wurde kurz verständlich gemacht, er solle sich aus dem Staube machen. Mannesstolz scheint diesen Leuten ein unklarer Begriff zu sein. Die Versammlung gab ihre Entrüstung über das Gebahren dieser Ritter vor der traurigen Gestalt kund. Es müsse Pflicht jedes ehrlichen Arbeiters sein, solchen unverbesserlichen Schädlingen die volle Beachtung zu zeigen. Mit einem Hinweis auf die am 1. Oktober eintretende Lohnveränderung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum feierte am 1. September der zweite Vorsitzende des Gauvorstandes in Frankfurt a. M., Kollege Karl Kleemann. Kollege Kleemann ist einer unserer eifrigsten Funktionäre, der in seinem Betrieb, der Frankfurter Zeitung, jahrelang das Amt eines Vertrauensmannes ausübte und gleichzeitig Betriebsratsvorsitzender ist. Sein Pflanzstempel und seine Sachlichkeit, zugleich seine gute kollegiale Art, sichern ihm das Vertrauen der Frankfurter Mitglieder und seiner engeren Arbeitskollegen. An seinem Ehrentage überreichte sie ihm mit kleinen Aufmerksamkeiten, die ihm beweisen, daß seine Tätigkeit dankbare Anerkennung findet. Wir möchten im Kreise der Organisationsleiter nicht fehlen und wünschen unserem beliebigen Verbandsfunktionär noch viele Jahre erfolgreiche Tätigkeit.

Die nachrevolutionäre Sozialgesetzgebung. Der neueste Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bringt einige interessante Angaben über die nachrevolutionäre Sozialgesetzgebung, die wir natürlich in anderem Lichte betrachten.

Nach dieser Aufstellung sind seit dem November 1918 insgesamt 495 Reichsgesetze bzw. Verordnungen sozialpolitischer Inhalts erlassen worden. Und diese soziale Entwicklung steht nicht still, denn das Jahr 1927 brachte schon 27 neue solcher Gesetze und 26 sind ferner zurzeit in Vorbereitung.

Das ist eine soziale Tat, die nur von vielen zu wenig gewürdigt wird. Das ist eine soziale Tat, die nicht zulande gekommen wäre, hätten nicht große Massen durch ihren organisatorischen Verband ihren sozialen Willen zum Bewußtsein gebracht.

Wie es in Rumänien um das Streikrecht bestellt ist. Mehr als drei Wochen dauert schon der Streik der Bukarester Buchdrucker, die die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung erzwingen wollen. Es handelt sich demnach um eine rein wirtschaftliche Bewegung, zu deren Durchführung sich die Gewerkschaften aller Richtungen zu einem gemeinsamen Vorgehen einigten. Dies war für die Sicherung Grund genug, um mit förmlichen Menschenjagen auf die Drucker einzugehen. Die Gewerkschaftslokale der Drucker wurden umzingelt und die darin befindlichen Arbeiter für verhaftet erklärt. Durch Mißhandlungen und Schläge sucht die Polizei die Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen. Die Versammlungen der Streikenden werden von Militär auseinandergejagt. Man sieht nun, daß in Rumänien selbst die rein wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter mit den Mitteln des weißen Terrors unterdrückt werden.

Einwanderungsbeschränkungen in Mexiko. Zum ersten Male in der Geschichte Mexikos hat der Präsident der Republik ein Dekret unterzeichnet, durch welches die Einwanderung gewisser Elemente für eine bestimmte Periode unterbunden wird, das heißt vom 1. September 1927 bis Dezember 1929. In dieser Zeit wird die Einwanderung für Syrier, Araber, Türken und Armenier strikte verboten sein, das heißt soweit die Emigranten nicht im Besitze eines Kapitals von mindestens 10 000 Pesos sind. Die Einwanderer obengenannter Nationalität bilden das wichtigste Kontingent der Einwanderung nach Mexiko.

Schelmischtrümpel in der Abnennenterversicherung. Obwohl sich viele Teile unseres Volkes in der entschiedenen Ablehnung der Abnennenterversicherung einig sind, verfallen die hinter ihr stehenden Kreise alles, ihre Sache vorwärtszubringen. Eine als Rundschreiben verfasste „Streng vertrauliche Information“ der Curt Hamelchen Druckerei und Verlagsanstalt namens der Vereinigung Deutscher Versicherungszeitungsvorleger gibt näheren Aufschluß. Bis jetzt war für die Ausbreitung der Abnennenterversicherung der § 56 G.D., der das Freibleiben solcher Zeitschriften im Umherziehen verbietet, ein großes Hindernis. „Nach langen, überaus

mühevollen Verhandlungen von Seiten des Herrn Generalkonfuls Hamel“ verprücht man sich absteien. Ein geneigtes Ohr hat man demnach im Reichswirtschaftsministerium gefunden. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat in einem an Herrn Generalkonful Hamel gerichteten Schreiben mitgeteilt, er habe unsere Denkschrift den einzelnen Regierungen überreicht und dabei den Wunsch ausgedrückt, es möge auf die Polizeigeorgane in dem Sinne eingewirkt werden, daß Strafverfolgungen auf Grund des § 56 G.D. unterbleiben. Eine entsprechende Abänderung der Reichsgewerbeordnung sei in Aussicht genommen. Interessant ist folgender Hinweis: „Grundätzlich und allgemein ist von der Maßnahme des Herrn Reichswirtschaftsministers nach außen hin möglichst wenig Gebrauch zu machen. Insbesondere ist unbedingt davon abzuheben, die Entscheidung des Herrn Reichswirtschaftsministers etwa in Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Prospekten und dergleichen bekanntzugeben.“ Die Reisenden und, soweit nötig, auch die Boten können in vorläufiger Weise etwa dahin informiert werden, daß durch Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums eine Besserung der Lage (1) zu erwarten sei. Die Einzelheiten bitten wir, den Reisenden und Boten nicht bekanntzugeben.“ Das brauchen diese auch schließlich nicht zu wissen. Es genügt, wenn sie — und recht oft mit unläuterer Mitteln — die zweifelhaften Vorgänge dieser Verschönerungsart mit dem ihnen eigenen Rebellus propagieren und auf ihre Weise zu dem „unter unglücklichen Umständen bisher erreichten Ergebnisse“ beitragen. Damit aber das Wohlwollen des Herrn Reichswirtschaftsministers für die Abnennenterversicherung nicht zu früh bekannt wird, heißt es zum Schluß: „Diese streng vertrauliche Mitteilung ist nur für Ihre Person bestimmt. Wir bitten, sie nach Kenntnisnahme unter Verhütung zu nehmen.“ Hohe Fürsprache hat immer noch gehalten. Die arbeitende Bevölkerung, die schon so viele trübe Erfahrungen mit dieser „töftelosen“ Zeitschriftenversicherung gemacht hat, weiß aber, wo sie ihren Verschönerungsbedarf zu decken hat.

Literatur.

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit ausführlichen Erklärungen von Frau G. Pfeil und Dr. Bruno Brodner. 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. d. B. Berlin 14, Anstalt, 64. 24 Seiten. Preis in Leinen gebunden 6 M., Organisationspreis 4,50 M.

Selbst-Vorred haben es mit großem Geschick verstanden, durch ihre Erklärungen das Gesetz den beteiligten Veronrentreissen verständlich zu machen. Sie haben sich erfolgreich in ihren Anmerkungen auf die Verhältnisse des Reiches bezogen, zu der Durchsichtigung des Gesetzes wesentlich beigetragen zu haben. Auf einen Blick ist zu ersehen: welche Aufgaben haben die Verfasser der verschiedenen Ausschüsse, wie hoch ist die Unterbringung in jedem einzelnen Falle, welche Stellen entstehen über Einsprüche und über Beschwerden. So kann jeder, der mit dem Gesetz an tun hat, sich sehr schnell orientieren. Dieser Gewerkschaftskommentar von Pfeil und Brodner gehört in die Hand jedes Gewerkschaftsleitenden, er wird auch den sonst beteiligten Veronrentreissen sehr gute Dienste leisten.

Die geschlechtliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 16. Juni 1927. Herausgegeben von Dr. Siegmund und Dr. Kärpfer. Berlin 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. d. B. Berlin 14, Anstalt, 64. 24 Seiten. 6,00 M., Organisationspreis 4,50 M.

Überleitung über die Verhältnisse der Schwangeren? Ein offener Brief an die Frauen von Maria Winter. Auf hochreinem Papier, 32 S., mit Illustration und 20 Abbildungen. Die Verfasserin ist eine gebildete Engländerin, deren Wirksamkeit um so mehr aber nicht für die stärkste Verbreitung der Kenntnis solcher Mittel ein, die geeignet sind, ungewollte Schwangerschaften zu verhüten. Das Buch kann für die Frau, die sich in der Schwangerschaft befindet, ein wertvolles Hilfsmittel sein, das sie auch durch den Besuch der Frauen-Gesellschaft, Berlin-Westend, besorgen werden.

„Arbeiter-Sprachlehre.“ Am 15. Oktober erscheint die erste Nummer der von der Spandauerin der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins herausgegebenen „Arbeiter-Sprachlehre“, populärwissenschaftliche Monatschrift für das Studium fremder Sprachen und zur Förderung fremdsprachlicher Kenntnisse. Jedes Heft wird neben Artikeln fremdsprachlicher Natur folgende Aufgaben enthalten: fremdsprachliche Beiträge für Anfänger, fremdsprachliche Texte (mit deutscher Erklärung) aus ausländischen Zeitungen und Gewerkschafts-zeitungen, Erklärung moderner Fremdwörter, Dauschweizerdeutsch der deutschen Sprache, internationale Neuschöpfungen von Wörtern und Vokabeln, literarische fremdsprachliche Texte. Der Preis der 24 Heftigen Monatschrift beträgt für ein Vierteljahr-Abonnement (best. Nummern) 1 M., Bestellungen sind zu richten an die „Arbeiter-Sprachlehre“, Berlin W 37, Hertenstr. 6a.

Der Schwanen. In einer Reichsbannerversammlung wurde der Vorschlag gemacht, bei einem einmaligen abermaligen Aufmarsch vor dem Reichspalast das folgende Lied anzustimmen: „Ich halt einen Kameraden.“

„Das geht nicht, Kinder.“ sagt der Vorsitzende, „die Reize „Ich halt einen Kameraden“ sind zu nicht“ dürfte doch wohl eine kleine Verbreitung verdienen.“

(Aus der selben erschienenen Nr. 4 des „Wahren Sozial.“)

Adolph Hoffmann: Wessertien. Hittfischen aus dem Territorium der Erde. Berlin 1 M., (Hoch 18 Pf.). Zu beziehen durch den Verlag Adolph Hoffmann, Berlin D 17, Köpenickerstr. 61.

Abrechnungen.

In der Woche vom 12. bis 17. September kam aus Gau 7a Schließen der Betrag für die Abrechnung des 2. Quartals in Höhe von 800,10 M.

Berlin, den 17. September 1927.

Heinrich Lodaßl.

Für die Woche vom 25. September bis 1. Oktober 1927 ist die Beitragsmarke für das 39. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung unsern Kolleginnen: Elise Benzel, Marg. Zieh und Ida Kröfel nebst ihren Herren Gemahls wünschen die Mitglieder der Zahlstelle Nordhausen.

Unsern lieben Kollegin Marieden Löhring und ihrem Bräutigam Herrn Karl Grimm zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche Zahlstelle Offenbach a. M.

Unsern lieben Kollegin Anna Darimont und Gatten Herrn Josef Horras zur stattgefundenen Vermählung herzlichste Gratulation. Die Mitglieder der Zahlstelle Trier (Mosef).

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte, Charlottenburg, Westschloßstraße 16. Kreisdr.: Kurt Pöschel 1228. Verlag: D. Dohst, Charlottenburg. Druck: Kurt Pöschel 1228 und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.